

# Europäische Sozialdemokratie – zwischen Krise und Erneuerung?

## Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Uwe Kremer, Thilo Scholle und Stefan Stache<sup>1</sup>

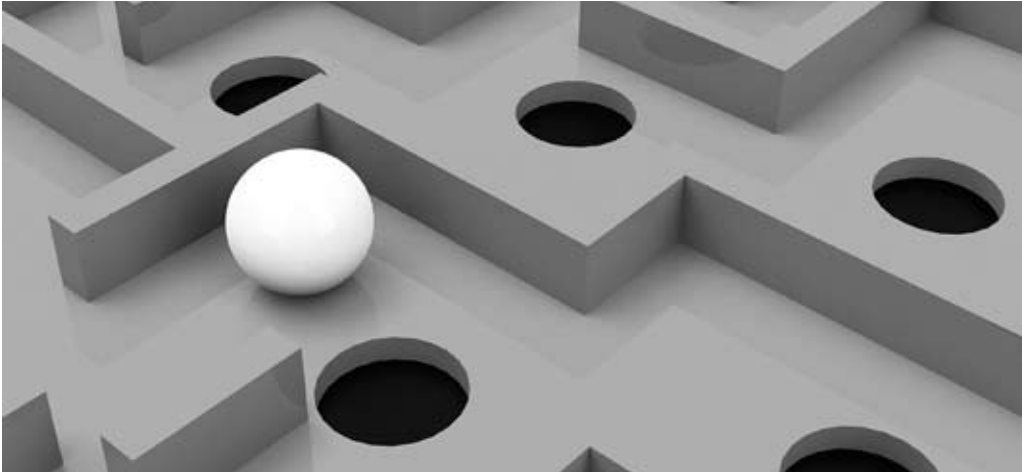


Foto: © beermedia - fotolia.com

In Rückblicken dürfte besonders das Jahr 2017 eine Phase historischer Zäsuren der europäischen Sozialdemokratien markieren. Wie in einem Zeitraffer vollziehen sich grundlegende Veränderungen und Brüche, die zum Teil bis vor Kurzem noch als undenkbar galten. Mit dem vorliegenden Heftschwerpunkt möchten wir die Entwicklungsdynamiken verschiedener Formationen der europäischen Sozialdemokratie besser verstehen und Möglichkeiten für politische Lernprozesse der deutschen Sozialdemokratie aufzeigen. Hierbei geht es uns natürlich auch und gerade darum, die Ergebnisse der unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl nicht in nationaler Beschränkung, sondern in einem europäischen bzw. internationalen Kontext zu bewerten.

Denn wie die nachfolgenden Artikel zeigen, befindet sich die europäische Sozialdemokratie in einer insofern historischen Krise, als es

schlichtweg um ihre Existenz als die auf der Linken bestimmende, unterschiedliche soziale Milieus integrierende politische Strömung geht. Die beiden grundsätzlichen Dimensionen der Krise sind in der spw schon vielfach thematisiert worden:

a) Die europäische Sozialdemokratie hat in den vergangenen ca. 20 Jahren teilweise als Promoter und auf jeden Fall als Partner des für die EU maßgeblichen **neoliberal-sozialtechnokratischen Modells** agiert. Dieses für die EU charakteristische Modell kombiniert die in Zeiten der Globalisierung angeblich alternative Geltung marktwirtschaftlich-unternehmerischer Logiken mit arbeitsmarkt-, sozial- und infrastrukturpolitischen Reglementierungen. Die Politiken sind nach dem Muster der Agenda 2010 angelegt oder sollen die Auswirkung neoliberaler Rahmensetzungen, wie z.B. des CETA-Abkommens, eingrenzen. Der damit verbundene politische Identitätsverlust und die v.a. nach der Finanzkrise einsetzende permanente Selbstbeschäftigung mit den Widersprüchen und Folgen des eigenen politischen Handelns führten zu einer substanzialen Auszehrung der Sozialdemokratie.

<sup>1</sup> Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

b) Die sozialdemokratischen Parteien in Europa befinden sich überwiegend in diesem Zusammenhang in einer **Repräsentationskrise**.<sup>2</sup> D.h., die Wählermilieus erkennen ihre Alltagswahrnehmungen und ihre Problemdeutungen immer weniger in den Diskursen und Botschaften der Parteien sowie im Handeln und der Persönlichkeit ihrer RepräsentantInnen. Vor allem ausgehend von der New Labour und den New Democrats bzw. der Sozialdemokratie des „dritten Weges“ in den USA, Großbritannien und Deutschland entwickelten sich die Parteien zunehmend zu Parteien der relativen sozialen Gewinner, die schrittweise das Vertrauen weniger privilegierter und eher solidarisch eingestellter Wählermilieus verloren. Eine weitere wichtigere Dimension der Repräsentationskrise ist darin zu sehen, dass die Sozialdemokratie immer weniger als ein spannungsgeladener Bezugspunkt für soziale Bewegungen und die progressiven Impulse und Zukunftshoffnungen der nachwachsenden Generation fungiert. So wird sie weder wirklich als Partei der gesellschaftlichen und ökonomischen Modernisierung noch als Partei der solidarischen Absicherung wahrgenommen.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten zeigen die Artikel aber auch, dass die nationalen Entwicklungslinien keinem einheitlichen Prozess folgen und sich in den Auswirkungen auf die politischen Formierungen deutlich unterscheiden. Die Unterschiede sind nur vor dem Hintergrund der jeweiligen Parteigeschichte und des politischen Systems, der ökonomischen (Krisen)entwicklung, der Milieus und gesellschaftspolitischen Lager, der jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Pfade, der Dynamik von Protesten und Bewegungen sowie den jeweiligen strategischen und programmatischen Antworten der sozialdemokratischen Parteien und ihrer Geschichte angemessen zu verstehen.

## 1. Marginalisierung

Die Parlamentswahlen bzw. Präsidentschaftswahlen zeigten eine relative Marginalisierung der sozialdemokratischen Parteien in den Niederlanden, in Frankreich und in Griechenland.

Als im Jahr 2015 die griechische PASOK aus den Parlamentswahlen politisch verzweigt hervorging und mit Syriza eine neue Linkspartei regieren konnte, hielten das auch viele Beobachter in der deutschen Linken für ein regionales Phänomen der dortigen ökonomischen Depression und der Fehler der PASOK.

Nach den vor allem auf Deregulierung ausgerichteten Arbeitsmarktreflexen Francois Hollandes, die von großen Protesten begleitet wurden und auch innerhalb der PS umstritten waren, erreichte der Kandidat der Partei sozialiste bei den Präsidentschaftswahlen keine zehn Prozent mehr und nahm nicht an der Stichwahl teil. In den Parlamentswahlen rutschte die PS mit nur rund sechs Prozent der Stimmen und lediglich etwa 30 von 577 Mandaten auf den Status einer Kleinpartei herab – blieb aber stärkste Fraktion der politischen Linken im Parlament. Die linksnationalistische Bewegung „La France insoumise“ konnte von den hohen Verlusten der PS kaum profitieren und erzielte nur fünf Prozent. Dem neuen Staatspräsidenten Emanuel Macron gelang es vor allem, das sozialliberale Elektorat der PS und die gesellschaftspolitisch modern orientierten Teile der konservativen WählerInnenschaft hinter sich zu bringen, und damit sowohl Sozialisten wie auch Konservative innerparteilich als auch an den Wahlen zu spalten. Unter machtpolitisch anderen Vorzeichen stürzte die PvdA in den Niederlanden auf unter sechs Prozent der Stimmen ab und damit hinter die Sozialistische und die Grünlinke Partei. Sie hatte in einer großen Koalition mit den Rechtsliberalen regiert und den Austeritätsskurs deutlich mitgetragen.

## 2. Aufgehen in einem Zentrumsblock mit Teilen des ehem. bürgerlichen Lagers

In Frankreich ging ein Teil der FunktionärInnen der PS und ihrer WählerInnengruppen in den neuen Zentrumsblock auf bzw. wanderte zu der neuen Partei „La République en marche“. *Laura Slimani* beobachtet bei der PS in den letzten Jahren eine weitgehende Abkoppelung von der Bevölkerung, insbesondere durch die Professionalisierung der Parteiapparate. Als politische Perspektive stellt sie die vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Benoit Ha-

2 Zur Repräsentationskrise der Sozialdemokratie siehe auch: Max Reinhardt/Stefan Stache/Kai Burmeister: Zurückgefallen hinter eine erstarkte neue Rechte. Die SPD in der doppelten Krise der Repräsentation, in: Sozialismus 6/2016, S. 27-32.

mon gegründete „Bewegung des 1. Juli“ in den Mittelpunkt, die einen Raum schaffen soll, links orientierte Menschen aus Parteien und Bewegungen, aber auch neu politisierte, zusammenzubringen. Eine Erneuerung der PS nur von innen heraus hält sie für schwer möglich.

In Italien schwenkte die PD unter Matteo Renzi auf eine neoliberale Politikstrategie, z.T. nach dem Vorbild des dritten Weges bzw. von New Labour, ein. Nach dem Scheitern des u.a. als demokratische Rechte einschränkenden kritisierten Verfassungsreferendums des Ministerpräsidenten und Vorsitzenden, Matteo Renzi, spaltete sich ihr linker Flügel ab.

*Michael Braun* konstatiert ein Scheitern des Projekts, mit der PD eine Partei der Mitte zu schaffen. Dem (wieder) Vorsitzenden Mateo Renzi sei es weder gelungen, der Rechten WählerInnen abzugeben, noch im Feld der „5-Sterne-Bewegung“ zu punkten.

### 3. Rekonstruktion als übergreifende Partei der Linken

Dagegen weist die Dynamik in Großbritannien in die entgegengesetzte Richtung:

Trotz der Angriffe vieler politischer Kommentatoren, harten innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Parteiflügel sowie eines hohen Rückstands in den Umfragen gelang der Labour Party ein beachtlicher und weithin unerwarteter Erfolg bei den vorzeitig angesetzten Unterhauswahlen.

Sie erzielte ihr bestes Ergebnis seit den 90er Jahren und kippte die absolute Mehrheit der Konservativen, auf deren Ausbau die Premierministerin Teresa May spekuliert hatte.

Der Mitgliederzustrom in die mittlerweile größte sozialdemokratische Partei Europas, der Erfolg sowohl der Kampagne gerade in den jüngeren Generationen als auch des polarisierenden Wahlprogramms mit Forderungen nach Verstaatlichung, mehr Investitionen in Infrastruktur und Wohlfahrtsstaatlichkeit usw. zeigen, auf welche Weise die Revitalisierung der Sozialdemokratie möglich sein könnte. Der

Beitrag von Mohammed Afridi in der letzten Ausgabe verdeutlicht, dass Corbyn sich als klare und glaubwürdige Alternative zu den Konservativen angeboten hat und mit seinem sozialistischen Programm Hoffnungen auf eine bessere Zukunft ansprechen konnte.

In Großbritannien konnte sich die Labour Party revitalisieren, erneuern und ein Teil der Parteilinken deutlich an Einfluss gewinnen. Der Wahl von Jeremy Corbyn und dem Zugewinn von Mandaten bei den Unterhauswahlen ging ein massiver Partizipationsschub voraus. Die demokratische und programmatische Erneuerungsbewegung wurde von einem Politiker repräsentiert, den die etablierte Partielite und die führenden KommentatorInnen ausgrenzten und der sich aus einer Minderheitenposition behaupten musste.

Die Wiederentdeckung der Labour Party als alternative politische Kraft ist auch mit dem System des Mehrheitswahlrechts verknüpft, das eine zu tiefgreifende Zersplitterung der Linken oder Spaltungen der Sozialdemokratie bislang eher bremste.

### 4. Erneuerung als dynamischer Faktor eines progressiven Blocks

In Spanien entschied die PSOE nach der Krise um die Regierungsbildung und der umstrittenen Tolerierung der neoliberalen Regierung Rajoy in einem Mitgliederentscheid über ihren neuen Parteivorsitzenden. Sie konnte durch die Wahl von Pedro Sanchez, der zuvor auf Druck der Mehrheit der Parteiführung als Generalsekretär zurückgetreten war, wieder an Zustimmung gewinnen. Sanchez, der sich für eine Öffnung der Partei nach links und eine mögliche Koalition mit der linken Podemos einsetzt, gewann gegen die von der Mehrheit der Führung und der Medien favorisierte Kandidatin Susana Diaz, die eine Zusammenarbeit mit der Konservativen Volkspartei bevorzugte.

*David Lizoain* sieht in Spanien die Entwicklung von einem Zweiparteien-System hin zu einem noch unvollkommenen Zwei-Blöcke-System, in dem insbesondere die PSOE und Podemos auf der Linken politisch aufeinander angewiesen seien, auch weil sie unterschiedliche

gesellschaftliche Milieus repräsentierten. *Ibán García del Blanco* sieht die PSOE auf dem Weg nach links. Mögliche Konflikte mit Podemos sieht er vor allem in regionalpolitischen Fragen: Während die PSOE weitreichende Autonomie-Modelle für die spanischen Regionen vorschlägt, befürwortet Podemos die Durchführung von Unabhängigkeitsreferenden. Beide Autoren sehen Chancen für eine Stabilisierung der PSOE.

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Mitte-Linksparteien unter sozialdemokratischer Führung sei auch unter schwierigen politischen und ökonomischen Bedingungen möglich, betont *João Albuquerque* am Beispiel Portugals. Die zentrale Leistung der Minderheitsregierung bestehe darin, eine Politik jenseits der Austerität in Europa wieder als realistisch erscheinen zu lassen.

## 5. Im Übergang: Prekäre Stabilität

Für die traditionell besonders starken Sozialdemokratien in Skandinavien (s. Artikel von *Krell* und *Stöber* in dieser Ausgabe) und Österreich (s. Artikel von *Dvořák* in dieser Ausgabe) wie auch für Deutschland gibt es gegenwärtig noch einen Zustand prekärer Stabilität, der aber – wenn man an die in den österreichischen Präsidentschaftswahlen sichtbar gewordenen Konstellationen in Österreich oder die politische Präsenz in ost- und süddeutschen Regionen denkt – zunehmend in Frage zu stellen ist. Es handelt sich offenkundig um Übergangssituationen. M.a.W.: Über kurz oder lang werden sich die Parteien im Spektrum der zuvor skizzierten Option weiter entwickeln müssen.

*Ludwig Dvořák* sieht die politischen Probleme der SPÖ v.a. im Vertrauensverlust bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie in einer wachsenden Polarisierung zwischen urbaner Mittelschicht und Landgemeinden. Die Partei werde von denjenigen, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden, oder sich davor fürchteten, nicht als verlässliche Schutzmacht wahrgenommen. Ihre Mobilisierungserfolge erziele sie bei RentnerInnen und bei optimistisch eingestellten Angehörigen der Mittelschicht, die eine Polarisierung der Gesellschaft durch die FPÖ fürchten würden. Mit dem Schwenk auf ein

wieder verstärkt Verteilungsfragen in den Blick nehmendes Wahlprogramm könne jedoch die Chance bestehen, dass es für die SPÖ nur beim Blick in den Abgrund bleibe, auf den nicht auch ein Sturz in denselben folgen müsse.

In Schweden versucht die SAP wieder an den klassischen wohlfahrtsstaatlichen Pfad anzuknüpfen, nachdem sie in den 90er und 2000er Jahren den öffentlichen Sektor zurückgebaut und das Ziel der Vollbeschäftigung dem Ziel des Haushaltsüberschusses untergeordnet hatte, stellen *Christian Krell* und *Niels Stöber* fest. Im Vergleich zu den vorherigen Wahlen konnte sich die Partei im Jahr 2014 bei knapp über 30 Prozent stabilisieren, während sie bei den Wahlen des Jahres 2010 einen Rückgang um rund vier Prozentpunkte auf 30 Prozent der Stimmen verzeichnen musste. In der Regierung verbindet die Sozialdemokratie eine restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik mit einer Debatte um Ungleichheit und fehlende Ressourcen im Wohlfahrtssektor. Unregulierte Gewinne von privaten Akteuren bei wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen, so die Autoren, würden dabei abgelehnt und auch von einer Mehrheit der Bevölkerung kritisch betrachtet. Ob es der SAP mit dieser teils widersprüchlichen Strategie gelingt, ihr eigenes Vertrauenskapital und das eines Mitte-Links-Bündnisses wieder zu stärken, bleibt offen.

Die sozialdemokratischen Parteien Ostmitteleuropas sind am ehesten zwischen den Dynamiken der relativen Marginalisierung, des Aufgehens in zentristischen (neo)-liberalen Blöcken sowie der prekären Stabilität unter teils neoliberalen Vorzeichen zu verorten.

*Dieter Segert* skizziert, dass sich die sozialdemokratischen Parteien im Wesentlichen an den neoliberalen Modernisierungsversprechen von New Labour u.a. orientiert haben. Ein Teil der führenden Funktionäre habe sich in der postkommunistischen Phase auch aus taktischen Gründen der Sozialdemokratie zugewandt. Allerdings seien sie deshalb keine besseren oder schlechteren Sozialdemokraten als ihre Schwesterparteien im übrigen Europa. Vielmehr hätten ihre führenden Akteure diese Strategien durchaus für erfolgversprechend gehalten. Vor allem die sozialdemokratischen Wählergruppen seien

enttäuscht worden, weil sie die ökonomischen Krisen eher den sozialdemokratischen Parteien zuschrieben, die mit Versprechen von mehr Wohlstand und Gerechtigkeit angetreten waren. Zum Vertrauensverlust habe die Korruption beigetragen, wie der Autor herausarbeitet. Diese beträfe jedoch nicht einzelne kriminelle Akteure, sondern sei strukturell bzw. systemisch bedingt – bspw. durch Gelegenheitsstrukturen. Die politische Enttäuschung ist nicht ohne die tiefgreifende Erfahrung ökonomischer und sozialer Brüche sowie dem Unmut über die Bereicherung und Machtsicherung ehemaliger kommunistischer Kader zu verstehen.

Die Sozialdemokratie in der Schweiz ist in diesen Tendenzen und Dynamiken nur schwer zuzuordnen. Sie habe sich weder je an der Macht noch je in der Opposition befunden, so *Rebekka Wyley* in ihrem Beitrag. Im konkordanzdemokratisch geprägten politischen System habe die SPS im Gegensatz zu den europäischen Schwesterparteien ihr eigenes und vergleichsweise linkes Profil bewahren können und weder deutliche Krisen noch Aufstiege erlebt.

In den Debatten um Krisen und Erneuerungsoptionen der europäischen Sozialdemokratien gehen von den mittlerweile zwei Dachverbänden (der Sozialistischen Internationalen, SI und der Progressive Alliance, PA) kaum Impulse aus. Insbesondere die SI scheint sich vor allem mit Abgrenzungsfragen gegenüber der IUSY (International Union of Socialist Youth) zu befassen. Das Grundsatzpapier „Shaping our future“ der Progressive Alliance könne eine Grundlage für die künftige Strategie darstellen, so *Jan Lichtwitz* in seinem Beitrag zu dem Heftschwerpunkt.

### Den politischen Raum wieder öffnen

Nun ist diese Einleitung nicht der Ort, die deutsche Sozialdemokratie zu analysieren und der konkreten Übertragbarkeit von Entwicklungen und Perspektiven anderer Sozialdemokratien nachzugehen. Darauf werden wir aber sicher schon in der nächsten Ausgabe zu gegebenem Anlass – nämlich der Bundestagswahl – zurückkommen. Folgende Hinweise lassen sich schon aus diesem Heft-Schwerpunkt ableiten:

Es gibt in der deutschen Sozialdemokratie noch immer eine stark ausgeprägte Kontinuitätsvorstellung, also eine Vorstellung, wonach es im Großen und Ganzen so weitergehen könnte – wenn es da nicht alle möglichen politischen Fehler, kommunikativen Probleme und misslichen Umstände geben würde. Die Vorstellung, dass es auch bundesweit noch viel schlimmer als in den letzten Jahren und/oder zu bislang noch für unmöglich gehaltenen politischen Umbrüchen kommen könnte, ist ihr fremd. Paradoxerweise trägt die Stabilität der Union als bestimmender politischer Kraft des Landes – gepaart mit für Deutschland vergleichsweise günstigen ökonomisch-sozialen Bedingungen – dazu noch bei. Bestimmt bleibt insbesondere der sozialtechnokratische Gestus, mit dem im politischen Zentrum Deutschlands und der EU auch linkssozialdemokratische Ansätze daherkommen, die unter den obwaltenden Umständen das realpolitisch Beste herausholen wollen.

Dabei wären die SPD und insbesondere ihre Linke gut beraten, ihre politische Zukunft nicht nur von heute auf morgen zu durchdenken, sondern in mittelfristigen Szenarien auszuloten – bis hin zu einer „Neuerfindung“ der Sozialdemokratie. Gerade hierfür kann der Blick in die europäische Nachbarschaft hilfreich sein. Denn schon im Frühjahr hat sich im „Schulz-Hype“ zweierlei gezeigt: Es gibt zum einen ein sich aus unterschiedlichen Milieus speisendes Potenzial für eine von Sozialdemokraten angestoßene und möglicherweise auch angeführte Öffnung des politischen Raumes. Dies muss aber zum anderen durch tiefgreifende programmatische *und* strukturelle *und* personelle Veränderungen glaubwürdig untermauert und inszeniert werden – unter Einschluss von alternativen Modellen, die auch innerhalb der Sozialdemokratie selbst formuliert und zur Diskussion gestellt werden müssen. Die Entwicklung der Labour Party ist nicht auf Deutschland übertragbar, aber sie zeigt in interessanter Weise, dass es Auswege aus dem seit 20 Jahren obwaltenden neoliberal-sozialtechnokratischen Arrangement gibt, wenn auch über scheinbar „Unmögliches“ nachgedacht wird. ■